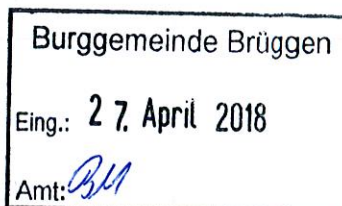




SPD Ratsfraktion Brüggen, Hochstr. 60b, 41379 Brüggen

Burggemeinde Brüggen
Herrn Bürgermeister Frank Gellen
Klosterstraße 38
41379 Brüggen



Brüggen, den 26. April 2018

Antrag zur Berichterstattung zur Wohnungssituation in Brüggen und zur Wiederaufnahme von Gesprächen zur Gründung einer Wohnbau- und Wohnverwaltungsgesellschaft

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ein wichtiges Ziel der Burggemeinde Brüggen muss es aktuell und auch in Zukunft sein, für eine nachhaltige und ausgewogene Wohnversorgung im Gemeindegebiet zu sorgen. Dieses Streben liegt in der Verantwortung unserer Burggemeinde für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Im Februar 2016 (Vorlage 25/ 2016) wurde auf Initiative des Bürgermeisters im Rat folgender Beschluss gefasst:

„Der Rat der Burggemeinde Brüggen beauftragt die Verwaltung, zunächst Gespräche mit potenziellen Investoren zu führen und die Ergebnisse zügig in den politischen Gremien weiter zu beraten und voranzutreiben. Hierzu gehört neben einer möglichen Investorenauswahl auch die Klärung der Standortfrage. Bis zur Vorlage der Ergebnisse werden Planungen zu eigenen Baubestrebungen zurückgestellt, jedoch unverzüglich wiederaufgenommen, wenn durch private Wohnungsbau-träger kein ausreichendes Angebot geschaffen werden kann.“ -Rat 23.02.2016-

Vor diesem Hintergrund stellen wir die beiden folgende Anträge:

Aufgrund des Beschlusses vom 23.02.2016 und der aktuellen Wohnsituation im Burggemeindegebiet, bitten wir dringlich, wie im Grunde im Beschluss festgehalten, einen Bericht zur aktuellen Wohnraumversorgungssituation der Burggemeinde, insbesondere mit dem Schwerpunkt Wohnungen für alleinstehende Menschen, zu präsentieren.

Des Weiteren beantragen wir sehr zeitnah die Gespräche und die Überlegungen; zum Thema eigene Bauvorhaben und evtl. Gründung einer Baugesellschaft mit burggemeindlicher Beteiligung oder eigener Gesellschaft wiederaufzunehmen, die nach dem Beschluss zunächst zurückgestellt worden sind. Auch Kooperationsmodelle (wie bei der E-Netz oder angedacht bei der Gasversorgung), ggfs. auch mit bestehenden Wohnungsbaugesellschaften sollten geprüft werden.

Begründung:

Zum Zeitpunkt des Beschlusses vom 23.2.16 war es mehrheitliche Meinung im Rat, dass eine Umsetzung durch private Investoren favorisiert werden sollte und es zu diesem Zeitpunkt auch schon konkrete Planungen gab. Die SPD-Fraktion konnte sich dem anschließen, um zunächst evtl. Risiken für die Gemeinde zu schmälern und weil man hoffte, dass durch private Wohnungsbauträger ausreichendes und bezahlbares Wohnraumangebot geschaffen werden könne. Insbesondere wirtschaftlich tragbare Angebote für (alleinstehende) Senioren, Alleinerziehende, junge Paare, Familien mit Kindern wurden erwartet.

Gerade in diesem Wohnversorgungsbereich sehen wir aktuell immer noch sehr große Defizite. Diese waren zwar schon vor der Flüchtlingswelle in 2015 / 2016 sehr bewusst, aber die Überlegungen einer eigenen Gesellschaft oder einer Gesellschaft mit gemeindlicher Beteiligung sind damals durch die Flüchtlingswelle quasi überrannt und sofortiges Handeln verstärkt worden.

Diese Problematik ist beim letzten Sachstandsbericht im Ausschuss für Senioren und Soziales auf unsere Nachfrage hin nochmals deutlicher geworden, insbesondere weil die Burggemeinde auf dem Wohnungsmarkt selber Wohnraum anmietet und somit den Wohnraum für betroffene Bevölkerungsgruppen zusätzlich verknappt.

Im Gemeindegebiet gibt es keinen ausreichenden „kleinen“ Wohnraum (40 bis 60 m²) und vor allem auch keinen „kleinen“ bezahlbaren Wohnraum, obwohl der Bedarf statistisch zukünftig in Deutschland, z.B. bei Singles oder auch für Studenten, die in Brüggen die Nähe zu Venlo suchen, weiter steigen wird.

Dazu kommen in Zukunft immer mehr alleinstehende Rentner, die darauf angewiesen sind, dass sie ihren Wohnraum verkleinern, weil sie es körperlich und finanziell (Beihilfen auch nur für kleine Wohneinheiten) nicht stemmen können.

„Langzeit“- Obdachlosen möchte man wieder einen festen Wohnsitz vermitteln und dadurch neue Lebensperspektiven eröffnen.

Wie es auch im Ausschuss SuS deutlich wurde, gibt es eine große Zahl an Flüchtlinge, die ein Bleiberecht in unserem Land bekommen haben. Defacto haben aktuell 85 Flüchtlinge ein Bleiberecht und sind quasi Obdachlos. Diese Menschen können ohne Wohnsitz trotz Bedarf nur schwer in den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Dieser Umstand erschwert zusätzlich die Integration in die Gemeinschaft (Bankgeschäfte, Vereine, Nachbarschaft, Ausbildung) unserer Burggemeinde.

Betroffene Bevölkerungsgruppen sollten auch nicht mangels bedarfsgerechtem Wohnraum gegeneinander ausgespielt werden. Familie mit Kindern zum Beispiel haben es nicht selten schwer, geeigneten und vor allem bezahlbaren Wohnraum zu finden, weil der gutdotierte Pensionär bevorzugt wird.

Wir sind bei allen wichtigen Themen und Aufgaben, insbesondere bei den großen Investitionen, die aktuell auf die Burggemeinde zukommen und eine große Herausforderung sind, der Auffassung, dass wir uns parallel und zeitnah um die Wohnraumversorgung in Brüggen kümmern müssen.

Die bisherigen Aktivitäten sind zu verstärken. Soweit hier auch externe Unterstützung notwendig sein sollte, müssen dazu die notwendigen Mittel vom Rat zur Verfügung gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen


Gottfried Optenplatz
Fraktionsvorsitzender